Nr. 309 XXVII. Jahrgang

Donnerstag, 13. November 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 8 28, 13 6 33, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis:
Die 34 mm breite Nonpareillezeile kostet 90 Pf., die 76 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Stellen- oder Auftrag 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anfragen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellungen von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 3.00 vierteljährlich M. 9.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M. 3.00 vierteljährl. M. 9.00
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 3.15 „ „ 9.45
Postbezug im Ausland u. Einzugsgebiet in den Postlisten.
Streifbandsendungen monatlich M. 1.50, nach dem Auslande M. 1.50
Einzelnummer wochentags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 10 Pf.

Für die Freigabe unsrer Gefangenen

Berliner Blätter bringen folgende Meldung: Die Franzosen haben mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen begonnen. Der erste Zug mit Kriegsgefangenen aus Frankreich für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet ist Dienstag mittag in Essen eingelaufen. Weitere Transporte befinden sich unterwegs und einige bereits innerhalb der deutschen Reichsgrenze. Inzwischen ist von Paris aus plötzlich der Befehl ergangen, den weiteren Abtransport einzustellen. Während die ersten Transporte die Grenze passiert hatten, wurden etwa 10 Transporte, die sich noch auf französischem Boden befanden, angehalten und zurückgeleitet. Die Ursache hierfür ist unbekannt. — Die Nachrichten über eine Freigabe der Gefangenen durch Frankreich haben bisher immer getäuscht. Auch diese Meldung geben wir nur mit Vorbehalt wieder, um so mehr, da sie mit der folgenden Depesche nicht im Einklang steht. Diese Meldung lautet:

© Berlin, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Note nach beschleunigter Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich ist am Dienstag mittag 11 Uhr von dem deutschen Gesandten in Paris überreicht worden. Eine heute über Genf gegebene Havas-Meldung besagt, daß Ministerpräsident Clemenceau infolge seiner Abwesenheit von Paris die Note nicht vor Ende dieser Woche zur Erledigung und Beschlußfassung bringen könne.

Einen neuen Beweis dafür, daß hinter dieser deutschen Note die heißesten Wünsche des deutschen Volkes stehen, gibt neben zahllosen Kundgebungen im ganzen Reich auch der folgende Bericht über eine Versammlung der bereits entlassenen Gefangenen in Berlin: In den Riesensälen der Berliner Börse fand die erste große Versammlung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener unter ungeheurer Beteiligung von Angehörigen der noch in Gefangenschaft schmachtenden deutschen Brüder statt. Die Redner des Abends waren der Bundesvorsitzende der Reichsvereinigung, Barsanti, und Freiherr v. Lersner. Die Vereinigung zählt heute 500 Ortsgruppen im Deutschen Reiche und will jetzt einen flammenden Protest an alle Welt hervorrufen dagegen, daß in Frankreich noch immer Hunderttausende unsrer Brüder in Elend und Sklaverei schmachten. Zum Schlusse wurde eine Entschließung angenommen, die einen Protest gegen die aller Menschlichkeit spottende Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich enthält.

•

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Lothar Bohlen", der nach den Azoren gefahren war, um alle dort internierten Deutschen abzuholen, ist heute mit einem Transport von 500 Männern, 28 Frauen und 21 Kindern in Hamburg eingetroffen. Unter dem Transport befinden sich auch Deutsche, die in Lissabon an Bord genommen worden sind.

•

Der Wiederaufbau Frankreichs

© Genf, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) „Journal des Débats" meldet, daß die Wiederaufbaukommission am Montag eine neue dringliche Aufforderung an Deutschland beschlossen hat, mit den Arbeiterentsendungen für das zerstörte Gebiet unverzüglich zu beginnen. Die vorläufigen Herrichtungsarbeiten müssen noch vor dem Winter beginnen, es seien mehr als 350 000 Arbeiter notwendig.

•

Die Entente „zur Erhaltung des Friedens"

× London, 11. November. (Havas.) König Georg erinnerte in seinem Trinkspruche im Buckingham-Palast an die Bemühungen seines Vaters und des Vorgängers des Präsidenten Poincaré, durch ein gemeinsames Bündnis zwischen Frankreich und England der Welt den Frieden zu erhalten. Großbritannien werde dieses auf dem Schlachtfelde erprobte Bündnis auch weiterbewahren und sei gewiß, daß Frankreich es in diesem Bestreben unterstützen werde. Als Beweis für diesen seinen ernsten Willen habe England das französisch-englische Defensivbündnis unterzeichnet, das Frankreich gegen einen etwaigen neuen Angriff seines alten Feindes Sicherheit geben solle. Er hoffe weiter, daß der Völkerbund den Weltfrieden sichern und es allen Nationen ermöglichen werde, einer neuen Blüte entgegenzugehen.

•

Der alliierte Gerichtshof

× Paris, 11. November. Der Oberste Rat der Alliierten hat heute vormittag von der Antwort der rumänischen Regierung Kenntnis genommen, eine Note an die serbische Delegation auf deren Bemerkungen zur Frage der Minderheiten beschlossen und entschieden, den kleinen Mächten eine Vertretung in den gemischten Gerichten zur Aburteilung der auszuliefernden Deutschen einzuräumen.

•

Die anwachsende Auslieferungsliste

Aus Versailles wird gemeldet: Wie „Liberté" mitteilt, verlangt Frankreich die Auslieferung von 6000 Deutschen auf Grund des Artikels 228 des Friedensvertrages. Die französische Regierung wird in der vom Fünferrat eingesetzten Kommission betreffend die Regelung des Gerichtsverfahrens durch den Unterstaatssekretär für Militärjustiz vertreten sein.

•

Ehrung der Gefallenen

× London, 11. November. (Havas.) Heute wurde im Namen Poincarés ein Kranz am Ehrengrabe der Kriegsgefallenen niedergelegt. Im selben Augenblick wurde durch die Truppen das Zeichen zur Einstellung jeglichen Betriebes auf zwei Minuten gegeben, dann zog die Menge vor dem Ehrengrabe vorbei.

Die verfehlte Ostpolitik der Entente

Der ukrainische Gesandte in Berlin, Nikolai Porsch, hatte eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission für das Baltikum, General Niessel, die der ukrainischen Frage, insbesondere dem Konflikt zwischen Petljura und Denikin galt. Der ukrainische Gesandte schilderte das rücksichtslose Vorgehen Denikins gegen das nationale und kulturelle Leben der Ukraine, das bereits einen gewaltigen Aufstand der Ukrainer gegen die russische Besatzung entfesselt habe. Diese Erscheinung sei die Folge der bisherigen Ostpolitik der Entente, die zu wenig die gegen den Bolschewismus kämpfenden Volkskreise berücksichtige und tatsächlich nur einzelne großrussische Kasten und Klassen begünstige. Die einzige Grundlage für den Wiederaufbau Osteuropas könnten nur die Völker des ehemaligen Rußlands selbst, besonders die Randvölker, bilden, die allein die nötige Gewähr für eine dauernde Lösung der Ostfragen bieten. General Niessel hat um schriftliche Unterbreitung dieser Darlegungen zwecks Weiterleitung an seine Regierung, was inzwischen erfolgt ist.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der Berichterstatter der „Times" aus Helsingfors: Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten den Vorschlag gemacht hätten, Trotzkij zu fragen, ob er jetzt, da die Gefahr für Petersburg vorbei sei, bereit sei, bei der Einberufung einer in voller Freiheit gewählten Nationalversammlung, die über die Regierungsform Rußlands Beschluß fassen soll, mitzuwirken.

•

Ein Friedensfühler der Polen

Einer Reuter-Meldung zufolge berichtet das Arbeiterblatt „Daily Herald" aus Warschau: Die polnische Regierung beabsichtigt, alle kriegführenden Parteien in Rußland aufzufordern, die Feindseligkeiten am 25. d. M. einzustellen und Delegierte nach Warschau zu entsenden, die über den sofortigen allgemeinen Frieden beraten werden. Die Großmächte sind ebenfalls aufgefordert worden, Delegierte zu entsenden, um an der Konferenz teilzunehmen, die am 15. Dezember stattfinden soll.

Die Räumung Budapests durch die Rumänen

• Wien, 12. November. Auf Befehl des rumänischen Oberbefehlshabers haben die rumänischen Truppen Budapest am Dienstag geräumt und befinden sich auf dem Rückzug zum Theiß. Der Abzug der Rumänen wurde überall mit großer Freude begrüßt. — General Madarescu und der bevollmächtigte rumänische Minister Diamandi haben mit einem rührenden Aufruf an die Bevölkerung Ungarns von Budapest Abschied genommen. Nachdem sie das Land und die Hauptstadt gründlich ausgeplündert haben, werden die Rumänen „im Gefühl humaner Pflichterfüllung und ihre Rechte ausgeübt zu haben" sich bis Freitag hinter die Demarkationslinie zurückziehen. In dem Augenblick ihres Abzuges wird aber eine Persönlichkeit auf dem Plane erscheinen, die vom ersten Augenblick an alle Aufmerksamkeit verdienen wird. Der Admiral Nikolaus v. Horthy wird vermutlich noch diese Woche als Oberkommandierender der ungarischen Armee seinen Einzug in die Hauptstadt halten. In seiner Hand wird die bewaffnete Macht, die es nach dem Abzug der Rumänen in dem nicht besetzten Ungarn noch geben wird, vereinigt sein. Der Admiral von Horthy hat sich schon zur Zeit der k. u. k. Monarchie eines gewissen Rufes erfreut. Er hat den bekannten Durchbruch durch die Straße von Otranto kommandiert, ist bei diesem Durchbruch schwer verwundet worden und wurde nach dem Tode des Admirals Haus vom Kaiser Karl zum Oberkommandierenden der Seestreitkräfte Österreich-Ungarns befördert. Bald nach den monarchistischen Putschen, die Friedrich zur Regierung brachten, hat er das Kommando über die Weiße Garde übernommen. Er ist als schärfster Kommunistenbekämpfer bekannt.

T. Budapest, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Admiral Horthy hat verschiedenen ungarischen Politikern erklärt, seine Armee werde sich hinter die von der Entente anerkannte Regierung stellen, für Ordnung und Ruhe sorgen und keine Ausschweifungen dulden. Die letzten Tage ihres Aufenthaltes benutzten die Rumänen zu großen Requisitionen, hauptsächlich von Maschinenbestandteilen und Büroeinrichtungsgegenständen.

•

Ein Druck der Entente auf Ungarn

• Wien, 12. November. Aus Budapest wird gemeldet, daß der Vertreter der Entente dem Ministerpräsidenten Friedrich im Namen des Viererrates ein Ultimatum gestellt hat, im Laufe von 48 Stunden ein Koalitionskabinett zu bilden oder zurückzutreten.

•

Stimmung für die Monarchie

© Wien, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Die „Mittagszeitung" meldet aus Budapest: Die bürgerlichen Parteien lehnen die Wiedereinführung der Monarchie in Ungarn nicht mehr ab. Die „Reichspost" meldet: Die bevorstehenden Wahlen in Ungarn werden eine erhebliche Mehrheit für die Monarchie als ungarische Staatsform erbringen.

Liquidationen in Südslawien

× Belgrad, 11. November. Das südslawische Pressebureau meldet: Die Regierung werde demnächst zur Liquidierung deutscher Unternehmungen auf den Gebieten Südslawiens schreiten. Die Verhandlungen werden auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland erfolgen.

Trotz Verkehrssperre immer noch Kohlennot

Von unsrer Berliner Redaktion

+ Berlin, 12. November. Das Kohlenelend bildet die Tagesfrage, die uns nicht zur Ruhe kommen läßt. Der „Vorwärts" mache heute darauf aufmerksam, daß hier etwas nicht ganz stimmen kann, und man muß seinen Ausführungen in der Tat beistimmen. Obwohl man allenthalben hört, daß sich die Kohlenförderung erfreulich vermehrt und daß bei der Eisenbahn alles Menschenmögliche geleistet wird, um die Kohlen abzufahren, nehmen die Alarmnachrichten von gesteigerter Kohlennot noch kein Ende. Der Reichskohlenkommissar klagt den Eisenbahnminister an, daß er ihm nicht genügend Wagen stelle und der Eisenbahnminister sagt, daß er Wagen nur stellen könne, wenn er Kohlen bekomme. Der eine will die Kohlenlieferung von dem Umfange der Wagengestellung abhängig machen, der andre droht, zur Selbsthilfe zu greifen und die notwendigen Kohlen einfach zu beschlagnahmen. Es scheint auf diesem wie auf andern Gebieten eine gewisse Ueberorganisation Platz gegriffen zu haben. Viele Köche scheinen auch hier den Brei zu verderben. Es klingt paradox, aber nach Lage der Dinge doch nicht ganz verständlich, daß der „Vorwärts" deshalb nach einem „Organisator in riesigem Format" ruft, nach einem Diktator, der die Befugnis erhalten soll, über alle Schranken hinwegzuschreiten. Nach unsrer Meinung kann nur eine befähigte Persönlichkeit, die mit den schärfsten Mitteln ausgerüstet ist, den total verfahrenen Karren aus dem Sumpf, in den wir geraten sind, herausziehen.

•

Der Abtransport aus dem Ruhr-Gebiet

× Essen, 11. November. Die Eisenbahnverkehrslage hat sich seit Beginn der Personenverkehrssperre in der vorigen Woche wesentlich gebessert. Gegen Schluß der Woche fehlten nur noch einige hundert Wagen täglich. Infolgedessen konnten von seiten der Kochen die erforderlichen Anordnungen zum Abtransport von Handelsbeständen getroffen werden. Die Besserung der Verkehrslage konnte bisher nicht im gewünschten Umfange zur Geltung kommen, weil der Wasserstand des Rheins sich nicht wesentlich gebessert hat.

•

Aufrechterhaltung der Verkehrssperre

• Berlin, 12. November. Ein Pressevertreter hatte eine Unterredung mit dem Verkehrsminister Dr. Bell über die Verkehrseinschränkungen. Der Minister verkannte nicht, daß die Stillegung des Personenverkehrs Erfolge gezeitigt habe. Er erklärte aber, daß trotzdem keinerlei Grund zu Optimismus vorhanden sei. Man werde auch nach dem 15. November die einschneidenden Verkehrsbeschränkungen auf vorläufig noch nicht absehbare Zeit aufrechterhalten müssen. Nur der allernotwendigste Personenverkehr werde freigegeben werden und auch der Weihnachtsverkehr wird unter diesem Zeichen stehen. Weiter teilte der Minister mit, daß er hoffe, für die Kartoffelversorgung der Großstädte 300 Lastkraftwagen in Betrieb zu bringen.

•

Die Sperre im besetzten Gebiet

WTB. Mainz, 11. November. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird im besetzten Gebiet von heute mitternacht an eine Einstellung des Personenverkehrs bis einschließlich den 21. November, also zehn Tage lang, erfolgen. Die Schnellzüge nach Paris und Straßburg bleiben bestehen, wahrscheinlich auch ein Schnellzugpaar auf der Strecke Köln—Ludwigshafen.

Der Zusammenbruch des Metallarbeiterstreiks

• Berlin, 12. November. Die Lehren des Metallarbeiterstreiks sind nach dem „Vorwärts" für die Arbeiter teuer erkauft. Sie zeigen einmal, daß im wirtschaftlichen Kampf zunächst alle Mittel erschöpft sein müssen, ehe zur letzten Waffe, dem Streik, gegriffen werden kann, und zum andern, daß radikale Phrasen und großsprecherisches Draufgängertum durchaus noch nicht die Gewähr für eine wirksame Anwendung dieser letzten Waffe bieten.

Wie, die Fünfzehner-Kommission und das Metall-Kartell mitteilen, ist entsprechend der Urabstimmung in den Betrieben der Metallarbeiterstreik für beendet erklärt worden. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, kann die Arbeit am Mittwoch früh wiederaufgenommen werden.

•

Die Kosten für die Arbeiterschaft

© Berlin, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) In der Beratung der Metallindustriellen wurde mitgeteilt, daß durch den achtwöchigen Metallarbeiterstreik insgesamt 85 Millionen Mark Löhne der Arbeiterschaft verlorengegangen seien.

Die Linderung der Not in Oesterreich

id. Wien, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Wiener Banken spendeten hundert Millionen Kronen als Beitrag zur amerikanischen Speisung Wiener Kinder.

© Wien, 12. November. (Eig. Drahtbericht.) Die hiesige Entente-Kommission hat das Anrollen der Lebensmitteltransporte aus Italien für den Anfang der nächsten Woche dem Staatsamt angezeigt. Die Not in Wien ist so groß, daß die öffentlichen Krankenhäuser wegen Mangels an Kohlen und Lebensmitteln keine Kranken mehr aufnehmen, auch nicht Schwerkranke.

•

Der Lebensmittelmangel in Wien

× Wien, 11. November. Den Blättern zufolge sieht sich das Volksernährungsamt gezwungen, die bisher gewährten Zubußen an Mehlprodukten für Kinder unter zwei Jahren vollständig einzustellen.

Das Schicksal des deutschen Frauenüberschusses

Von Alfred Roeglich (Steglitz)

Der Weltkrieg wird mit seinen demologischen Folgeerscheinungen eine so radikale Umschichtung der gesamten Frauenfrage (im bürgerlichen Sinne verstanden) herbeiführen, wie sie im Laufe der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesen ist. Es wird sich ein Geschlechterverhältnis (Mann zu 100 Frauen) herausbilden, das nach Form und Inhalt heute noch gar nicht übersehen werden und von dem sich nur der spezielle Bevölkerungsstatistiker ein ungefähres Bild machen kann. Bekanntlich hatte Deutschland bereits vor dem Kriege einen enormen Frauenüberschuß.*) Nach der 1910er Volkszählung betrug dieser 815 601 Köpfe. Die diesjährige Volkszählung von Anfang Oktober, deren erste Resultate Ende November zu erwarten sind, wird dies weibliche Plus furchtbar gesteigert aufzeigen, denn der Weltkrieg hat nach der Aufstellung vom Mai d. J. neben 1 607 000 Toten nicht nur weitere 873 770 Vermißte und 615 032 Gefangene gefordert, von denen bei den ersteren nur wenige, bei den letzteren ebenfalls nicht alle wiederkehren werden, sondern unter den mehr als 4 Millionen Verwundeten befinden sich Hunderttausende, deren Lebensfaden in kurzer Zeit unerbittlich abgeschnitten sein wird. Alles in allem überschläglich berechnet, wird das alte Reichsgebiet Ende dieses Jahres einen weiblichen Ueberschuß von sicher 8 Millionen haben — ein Ueberschuß, der als eine finstere unabänderliche Tatsache vor uns steht. Die schon immer gewesene Disparität der Geschlechter erfährt also eine neuerdings katastrophale Verschlimmerung, welche nicht nur der ökonomisch ins Gewicht fallenden Heiratsfrage ganz neue, und zwar verhängnisvolle Perspektiven eröffnet, sondern auch in biologischen, sozialen und ethischen Richtungen Umbildungen abnormster Art im Gefolge haben wird.

Schon vor dem Kriege war die Heiratsfrage der eigentliche Brennpunkt jenes sozialen Erscheinungskomplexes, den man summarisch mit „Frauenfrage" zu bezeichnen pflegt. Zwar hielten sich in den Altersklassen von 20 bis 35 Jahren, also im eigentlichen Heiratsalter, die beiden Geschlechter zahlenmäßig ungefähr die Wage, so daß theoretisch der Volksmund recht hätte haben müssen, wenn er sagte: „Jedes Töpfchen findet sein Deckelchen." Statistisch war also für jedes mannbare Mädchen ein Mann vorhanden. Trotzdem wurde die Altjungfernfrage immer brennender, der Heiratsmarkt immer unruhiger, weil infolge der sich verschlechternden sozialen und kulturellen Verhältnisse die Heiratsintensität (Heiratslust) abnahm und weil vor allem das Mädchen im Durchschnitt viel früher ehereif ist und praktisch etwa drei Jahre eher zur Verheiratung kommt als der Mann. Infolgedessen entspricht die weibliche Altersklasse von 19 bis 27 Jahren der männlichen von 22 bis 40 Jahren, und in dieser Spanne überwiegt das weibliche Geschlecht wegen der reicheren Besetzung der jüngeren Jahre um mehr als eine halbe Million (523 608). In dieser halben Million also wurzelte die Frauenfrage vor dem Kriege.

Heute nun ist zu diesem natürlichen Frauenplus der Kriegsverlust von mehr als 2¼ Millionen Männern getreten, von denen wohl die größere Hälfte unverheiratet gewesen ist. Dadurch ist der Heiratsmarkt vollständig ruiniert worden, auch das Herz der jüngeren Witwen mit ihrem Anrecht an das Leben ins ungemessene gestiegen. Man darf wohl sagen: Der unselige Krieg hat die Zukunft der deutschen Mädchen- und Frauenwelt grausam verwüstet, nicht nur für die Gegenwart und die nächste Zeit, sondern weit darüber hinaus für die folgenden drei bis vier Generationen. Dabei handelt es sich um einen im ganzen unreparierbaren Schaden, dessen Folgen wir nicht zu entwirren vermögen.

Diese Folgen werden sich im Laufe der Zeit als eine demologische Revolution offenbaren. Der deutsche Volkskörper, der in seiner Entwicklung unerbittlich an das Geschlechterverhältnis gekettet ist, wird, biologisch verstanden, in völlig neue Bahnen gedrängt werden. Das deutsche Volk als homogene Kulturmasse wird infolge der ungeheuerlichen Geschlechterverschiebung gezwungen werden, sich nach verschiedenen Richtungen absolut neue Lebensformen zu suchen. Der Schrei der Natur, der aus Millionen Mündern „enterbter" Mädchen und Jungwitwen bricht, wird nie mehr zum Verstummen gebracht werden können, wie das bisher war, wo unerbittlich streng gehandhabte Sittengesetze versuchten, diesen Schrei in die vier Wände zu bannen. Ueber diese Sittenanschauungen wird sich die Zeit, wie schon die Gegenwart handgreiflich lehrt, hinwegsetzen. Was soll also werden?

Es mag wohl sein, daß das deutschen Volkes „unverwüstliche Lebenskraft" (welch euphemistischer Ausdruck aus einer für immer der Vergangenheit angehörenden Entwicklungsperiode!) imstande sein wird, diesen schweren Schlag, der die Volkskraft zu zerbrechen droht, relativ leichter zu tragen als etwa Frankreich, dessen Volkszahl durch den Krieg von rund 40 Millionen auf 36 Millionen herabgestürzt ist, und das damit ins innerste Lebensmark getroffen wurde, wovon es sich aus eigener Kraft wohl niemals mehr ganz erholen wird. Aber dieser flache Trost kann uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Deutschland von heute in bevölkerungspolitischer Beziehung auch nicht entfernt mehr das festgefügte Kernwerk unter den Völkern Europas ist, als das es sich bisher gefühlt und als das es international allgemein gegolten hat.

Der Raum verbietet es, an dieser Stelle näher auf die Konsequenzen des neuen demologischen Zustandes für unsre Volkswirtschaft, Gesellschaftsbiologie und Ethik einzugehen. Ein jeder, der nur einigen Einblick in die inneren Zusammenhänge des gesellschaftlichen Daseins hat, wird fühlen, daß wir unaussprechlichen Umwälzungen entgegengehen. Es

*) Hierunter versteht die Bevölkerungswissenschaft das zahlenmäßige Ueberwiegen des gesamten weiblichen Geschlechts, die Mädchen jeden Alters einschließen, über das männliche.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191113/1